

Das Jahresgutachten des Sachverständigenrates

Vortrag von Professor Dr. Wolfgang Franz

Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung hat seinem Jahresgutachten 1997/98 den Titel „Wachs-



Professor Dr. Franz, Mitglied des SVR, erläutert das Jahresgutachten 1997/98

tum, Beschäftigung, Währungsunion - Orientierungen für die Zukunft“ gegeben, um damit die Themenfelder abzustecken, welche die Diskussion derzeit und für die unmittelbare Zukunft beherrschen. Prof. Dr. Wolfgang Franz, Mitglied des Sachverständigenrates und Wissenschaftlicher Direktor des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW), Mannheim, griff diese Problemfelder in seinem Vortrag auf und erläuterte sie vor dem Hintergrund

der aktuellen Herausforderungen an den Wirtschaftsstandort Deutschland.

1. Wachstum und Konjunktur

Der Sachverständigenrat (SVR) sieht die wirtschaftliche Situation der deutschen Volkswirtschaft durch Licht und Schatten gekennzeichnet, denn die konjunkturelle Erholung vollzog sich bei schwachem Wachstum und weiterer Verschlechterung der Arbeitsmarktlage. Professor Franz analysierte die Wachstumsentwicklung der deutschen Volkswirtschaft einerseits und der konjunkturellen Entwicklung andererseits. Dabei zeigte er, daß das Produktionspotential in diesem Jahr in Westdeutschland nur um rund 1,5 Prozent (in Ostdeutschland: etwa 5,5 Prozent) gestiegen ist.

Damit sei das Wirtschaftswachstum in Westdeutschland wiederum deutlich niedriger als beispielsweise in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre, als die jährliche Wachstumsrate des Produktionspotentials knapp 3 Prozent betragen habe. Besonders problematisch sei die bescheidene Steigerungsrate der Investitionen mit insgesamt 0,4 Prozent bei den Anlageinvestitionen im Jahre 1997 in Deutschland (Ausrüstungsinvestitionen: 3,9 Prozent, Bauinvestitionen - 1,9 Prozent). Hierbei dominierten eindeutig Modernisierungs- und Rationalisierungsinvestitionen gegenüber den kapazitätserweiternden Investitionen. Diese Tendenz ziehe fatale Konsequenzen für die Beschäfti-

In dieser Ausgabe:

| | |
|---|---|
| Das Jahresgutachten des Sachverständigenrates . . . | 1 |
| Arbeitslosigkeit und Unternehmensgründungen . . . | 3 |
| Effizienter Klimaschutz durch Joint Implementation | 4 |
| Sparverhalten im Lebenszyklus | 6 |
| Von der D-Mark zum Euro | 6 |
| ZEW-Finanzmarkttest: Brancheneinschätzung . . . | 7 |
| Die Reaktionen auf Schocks an internationalen Aktienbörsen | 7 |
| Umsatzentwicklung im Verarbeitenden Gewerbe | 7 |
| Steuereinnahmen des Bundes | 7 |
| European Tax Analyzer | 8 |
| ZEW Neuerscheinungen | 8 |
| Termine | 8 |

gungssituation, die sozialen Sicherungssysteme und die Notenbankpolitik nach sich.

Im Hinblick auf die kapazitätserweiternden Investitionen stellt sich - so Professor Franz - die Frage, warum auch im Jahr 1997, im vierten Jahr nach der Rezession 1993, die Investitionstätigkeit nicht so recht in Gang kommen will, zumindest weit von dem entfernt ist, was auf Grund der Arbeitsmarktlage wünschenswert wäre. Die Gründe seien u.a. darin zu suchen, daß die Kapitalrenditen in Deutschland - wenngleich sie sich auch in diesem Jahr verbessert haben - in den vergangenen Jahren stets und deutlich unter dem Niveau des internationalen Durchschnitts (OECD-Raum) lagen. Zwar sind die Einkommen aus Unterneh-

Forschungsergebnisse und Vorträge am ZEW

mertätigkeit allein seit 1993 um über 40 Prozent gestiegen, dies bedeute aber im wesentlichen nur, daß sich die Sachkapitalrenditen in Deutschland allmählich dem internationalen Niveau annähert. Es führe kein Weg daran vorbei, sich diesem internationalen Renditenwettbewerb zu stellen. Dies gelte nicht zuletzt auch im Hinblick auf die ein- und ausfließenden Direktinvestitionen. Auch hier zeige es sich, daß Deutschland im Wettbewerb um international mobiles Kapital zu Investitionszwecken und zur Schaffung von Arbeitsplätzen ziemlich abgeschlagen liege, wozu die vergleichsweise hohe Belastung mit Unternehmenssteuern wesentlich beitrage.

2. Lohn- und Arbeitsmarktpolitik

Ermutigend nannte Professor Franz die Lohnpolitik. Nicht nur bei der Flexibilisierung der Tarifverträge, sondern auch bei der Lohnbildung seien die Herausforderungen angesichts der desolaten Situation auf dem Arbeitsmarkt und der zunehmenden Globalisierung erkannt worden. Ausgehend vom Konzept einer produktivitätsorientierten Lohnpolitik bewertete Professor Franz die Beschäftigungswirkung der Lohnpolitik im vergangenen Jahr folgendermaßen: „Wie schon im Jahre 1996 so haben auch die Lohnabschlüsse des Jahres 1997 in Westdeutschland dem Erfordernis Rechnung getragen, einen Abschlag zur Schaffung neuer Arbeitsplätze vorzunehmen.“ Die Erhöhungen der nominalen Tarifverdienste beliefen sich in Westdeutschland in den Bereichen, wo es zu Neuabschlüssen kam, im Jahre 1997 auf 1,5 Prozent, und die der nominalen Arbeitskosten auf 1,9 Prozent. (Insgesamt wäre in einer hypothetischen Situation der Normalbeschäftigung ein Anstieg der nominalen Arbeitskosten um 3,7 Prozent beschäftigungsneutral

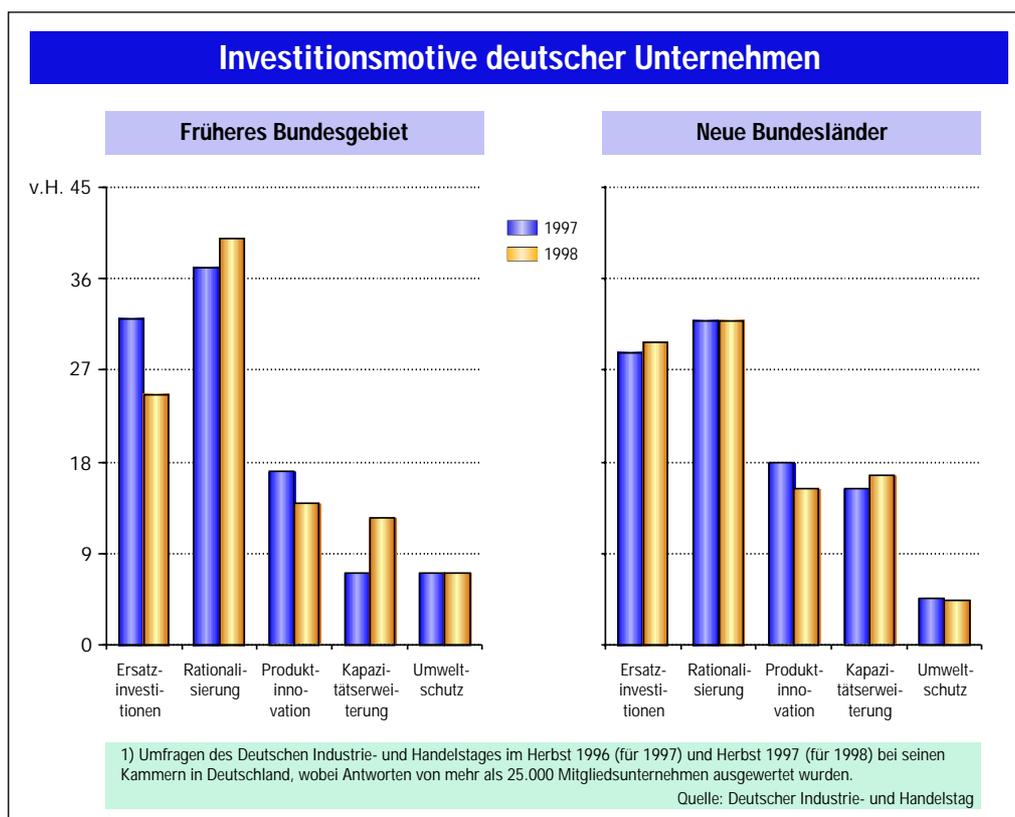
gewesen.) Aus der Sicht der tariflichen Lohnpolitik sei damit eine wesentliche Voraussetzung für mehr Beschäftigung geschaffen worden, die auch deshalb Anerkennung verdiene, weil sie für die Arbeitnehmer aufgrund gestiegener Sozialabgaben zu absoluten Einbußen beim Nettoeinkommen geführt hat. Es komme jetzt darauf an, diesen Kurs der Lohnpolitik für mehrere Jahre zu halten.

3. Europäische Währungsunion

Der SVR geht davon aus, daß die Europäische Währungsunion (EWU) pünktlich zum 1.1.1999 mit einer großen Anzahl von Teilnehmerländern startet. Er hat sich daher im wesentlichen mit den Voraussetzungen für eine funktionstüchtige Währungsunion befaßt.

Während die monetären Kriterien - d.h. ein hoher Grad an Preisniveausta-

Dauer tragbaren Finanzlage, zu entsprechen. An diesem vertraglichen Erfordernis sei jedoch festzuhalten. Mehr noch, das Kriterium gelte nicht nur für den Beitritt, sondern bleibe auch danach in der Währungsunion verbindlich - als Abschirmung der auf Preisniveaustabilität verpflichteten vergemeinschafteten Geldpolitik. Es sei kein solides Fundament für eine stabile Geldordnung geschaffen, wenn den Kriterien zwar im Referenzjahr 1997 Genüge getan wird, aber für das folgende Jahr bereits eine erhebliche Verletzung angelegt und abzusehen wäre, mahnte Professor Franz. Zum Erfordernis der vom SVR für unverzichtbar erachteten Nachhaltigkeit passe es nicht, daß einige Länder offensichtlich durch technische Umdefinitionen und buchhalterische Maßnahmen das Defizitkriterium zu erreichen trachten. Dadurch werde die Glaubwürdigkeit des großen Pro-



stabilität, geringe Zinsunterschiede, stabiler Außenwert - für das Referenzjahr 1997 von nahezu allen Ländern erreicht werden, erweise es sich - so Professor Franz - für viele EU-Mitglieder als schwierig, dem finanzpolitischen Kriterium, nämlich einer auf

jekts eines neuen und stabilen europäischen Geldes beschädigt.

Nach derzeitigem Stand erwartet der SVR für Deutschland einen Wert für das Budgetdefizit von 3,1 Prozent. Für 1998 werde allgemein mit geringeren Budgetdefiziten gerechnet.

Arbeitslosigkeit und Unternehmensgründungen

Das volkswirtschaftliche Gründungsgeschehen hängt unter anderem von der Konjunktur und von der Höhe und der Veränderung der Arbeitslosigkeit ab. Wenn im Aufschwung die gesamtwirtschaftliche Nachfrage nach Gütern zunimmt, kann dies zu einer vermehrten Gründungstätigkeit führen. Gleichzeitig steigt in den vorhandenen Unternehmen die Nachfrage nach Arbeitskräften und damit auch die Chancen von Arbeitslosen auf einen Arbeitsplatz. Im wirtschaftlichen Abschwung geht die Nachfrage nach Arbeitskräften zurück. Damit steigt der Druck auf Arbeitslose als Alternative eventuell eine eigene Unternehmung zur Existenzsicherung zu gründen.

Der Zusammenhang zwischen Arbeitslosigkeit und Unternehmensgründungen wird in der Literatur als Push-Hypothese bezeichnet, derjenige zwischen der wirtschaftlichen Entwicklung und den Gründungen als Pull-Hypothese. Nach der Push-Hypothese entwickeln sich Gründungen antizyklisch, nach der Pull-Hypothese prozyklisch. Die theoretischen Aussagen der Hypothesen scheinen sich in dem Sinne zu widersprechen, daß nicht beide gleichzeitig für eine Gründung zutreffen können. Betrachtet man das Gründungsgeschehen sektoral, so müssen sich die beiden Hypothesen jedoch nicht widersprechen. Ein Teil der Gründungen kann antizyklisch motiviert sein, ein anderer Teil prozyklisch. Zur Überprüfung des Erklärungsgehaltes der beiden Hypothesen sind daher empirische Analysen notwendig.

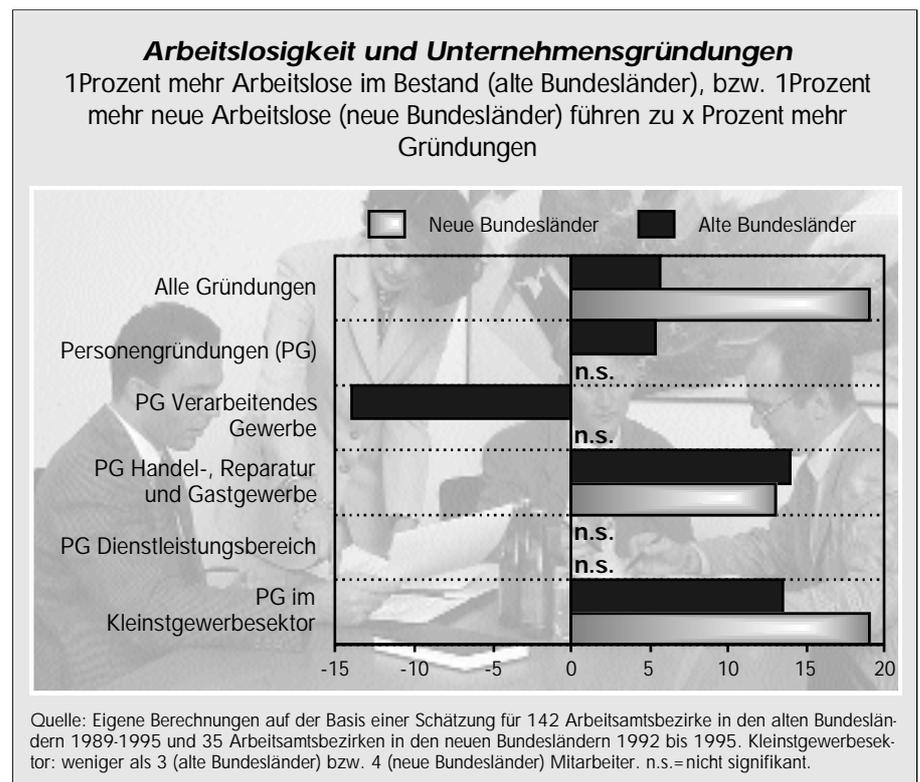
In einer neuen ZEW-Studie („Selbständige Erwerbstätigkeit, Arbeitslosigkeit und Unternehmensgründungen“), die in Kooperation mit dem Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit erstellt wurde, wird der relative Beitrag von Wirtschaftsaktivität und Arbeitslosigkeit zur Gründungsdynamik quantifiziert. Die Analyse basiert auf 142 westdeutschen Arbeitsamtbezirken, bzw. auf 328 westdeutschen Landkreisen, im

Zeitraum zwischen 1989 und 1995 und auf 35 ostdeutschen Arbeitsamtbezirken im Zeitraum 1992 bis 1995.

Arbeitslosigkeit wird mit zwei unterschiedlichen Konzepten gemessen, die jeweils eine Variante der Push-Hypothese beschreiben. Dabei handelt es sich zum einen um die Zugänge an Arbeitslosen in einem Arbeitsamtbezirk oder Landkreis im Laufe eines Jahres und zum anderen um den Bestand an Arbeitslosen zu einem Stichtag. Ein hoher Zugang an Arbeitslosen muß nicht zwangsläufig einen engen Arbeitsmarkt kennzeichnen, wenn damit gleichzeitig auch ein hoher Abgang aus der Arbeitslosigkeit verbunden ist. Bundesweit meldete die Bundesanstalt für Arbeit z.B. im September 1997 einen Zugang in die Arbeitslosigkeit von 553 Tsd. Personen. Im gleichen Monat meldeten sich aber auch 617 Tsd. Personen aus

einem empirischen Test unterworfen. Weiterhin wird der Einfluß der regionalen wirtschaftlichen Entwicklung und der Wirtschaftsstruktur, sowie der Gründungsvielfalt für die Gründungsaktivitäten berücksichtigt.

Die auf ökonometrischen Modellen basierenden Schätzungen weisen regionen- und sektorenspezifische Besonderheiten auf. Arbeitslosigkeit erhöht das Gründungsgeschehen, wobei die Elastizitäten je nach Region und Gründungstyp zwischen 5 Prozent und 25 Prozent variieren. Mit zunehmender Wirtschaftsleistung und Diversifikation des Gründungsgeschehens einer Region erhöht sich ebenfalls die Zahl der Gründungen. Während in den alten Bundesländern der Bestand an Arbeitslosen zu einer Erhöhung des Gründungsgeschehens führt, bezieht sich der Zusammenhang in den neuen Bundesländern auf



der Arbeitslosigkeit ab. Ein hoher Anteil von Neuzugängen in die Arbeitslosigkeit mag daher für sich genommen kein Signal einer Situation sein, in der sich Arbeitslose aufgrund eines engen Arbeitsmarktes selbständig machen. Dazu wäre eher der Bestand an Arbeitslosen geeignet. Daher werden beide Konzepte verwendet und

die Neuzugänge an Arbeitslosen. In beiden Regionen gilt der positive Einfluß vor allem für den Kleinstgewerbebereich bzw. für den Handel und das Gaststätten- und Reparaturgewerbe. Zur Bestimmung des Zusammenhangs zwischen Arbeitslosigkeit und Existenzgründung ist demnach die Unterscheidung zwischen den ver-

Forschungsergebnisse und Vorträge am ZEW

schiedenen Gründungstypen ebenso wie das Maß der Arbeitslosigkeit von entscheidender Bedeutung.

Gründungserfolg hängt vom Geschäftsfeld ab

In den alten Bundesländern führt eine einprozentige Erhöhung des Arbeitslosenbestandes zu einer Zunahme aller Gründungen um 5,7 Prozent. Im Mittel über alle Arbeitsamtsbezirke führte damit die Erhöhung der Zahl der Arbeitslosen im Jahre 1995 um 25.000 Personen (etwa 1 Prozent), zu 3.075 zusätzlichen Gründungen. Mit 14 Prozent bzw. 13,5 Prozent sind die Werte für die Gründungen im Handel, Reparatur- und Gastgewerbe sowie im Kleinstgewerbebereich wesentlich höher. So führt die Erhöhung der Zahl der Arbeitslosen um 1 Prozent zu 3.200 zusätzlichen Personengründungen im Handel, Reparatur- und Gastgewerbe, bzw. im Kleinstgewerbebereich 2.400. Während der Einfluß des Arbeitslosenbestandes auf die Gründungen im Verarbeitenden Gewerbe negativ ist, werden die Gründungen in den sonstigen privaten Dienstleistungen in den alten Bundesländern nicht von der Höhe der Arbeitslosigkeit beeinflusst. Im Dienstleistungsbereich entwickelt sich das Gründungsgeschehen weit-

gehend unabhängig von der Arbeitslosigkeit und hängt wesentlich von der wirtschaftlichen Entwicklung ab.

In den neuen Bundesländern trägt der Arbeitslosenbestand nicht zur Erklärung des Gründungsgeschehens bei, dafür aber der Zugang an Arbeitslosen. Der Einfluß des Zugangs an Arbeitslosen ist wieder in den verschiedenen Wirtschaftsbereichen verschieden hoch und quantitativ, falls signifikant, höher als die Bestandsvariable in den alten Bundesländern. Eine Zunahme des Zugangs an Arbeitslosen um 1 Prozent, das waren im Jahre 1995 18.000 Personen, führt bei einer Elastizität von 14 Prozent zu einer Zunahme aller Gründungen um 5.100. Das ist im Vergleich zum Einfluß des Arbeitslosenbestandes in den alten Bundesländern eine höhere Zahl von durch Arbeitslosigkeit verursachten Gründungen.

Nach den Ergebnissen der Studie stehen die Push- und Pull-Hypothese nicht im Widerspruch zueinander. Existenzgründungen werden sowohl von der wirtschaftlichen Entwicklung als auch von der Arbeitslosigkeit beeinflusst, wobei die quantitative Bedeutung der Faktoren in den alten und neuen Bundesländern und den Wirtschaftszweigen variiert. Die zunehmende Arbeitslosigkeit in Deutsch-

land deutet auf wirtschaftliche Ungleichgewichte hin, die von unvollkommen funktionierenden Arbeits- und Gütermärkten, von nachfrage- und angebotsseitig wirkenden technologischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Schocks und einem in Teilen anreizinkompatiblen Sozialversicherungssystem verstärkt werden können.

Zur Überwindung des andauernden Ungleichgewichts wird häufig mehr Flexibilität von den Erwerbstätigen und vor allem von den Arbeitslosen gefordert. Die empirischen Ergebnisse der vorliegenden Studie sind auch ein Maß der bereits vorhandenen Flexibilität. Der wirtschaftliche Druck auf Arbeitslose führt zu vermehrten Unternehmensgründungen, allerdings vorwiegend in eher traditionellen Wirtschaftsbereichen, aus denen viele Arbeitslose kommen. Zur Unterstützung des Übergangs von Arbeitslosigkeit in die Existenzgründung gewährt die Bundesanstalt für Arbeit Überbrückungsgeld. Für die Wirksamkeit dieser Maßnahmen wird es ganz entscheidend sein, daß die neuen Existenzen in den Feldern und Märkten gegründet werden, denen die Zukunft gehört.

*Information: Dr. Friedhelm Pfeiffer,
Tel. 1235-150*

Effizienter Klimaschutz durch Joint Implementation

Auch nach dem Klimagipfel in Kyoto bleibt der weltweite Klimaschutz auf der internationalen Tagesordnung. Immer wichtiger wird dabei die ökonomische Effizienz von Klimaschutzmaßnahmen. In einigen Industrieländern, darunter auch Deutschland, ist die Steigerung der Energieeffizienz von Kraftwerken aufgrund des schon erreichten Effizienzniveaus mit hohen Kosten verbunden.

In der Klimarahmenkonvention werden die Vertragsstaaten aufgefordert, möglichst kosteneffektiv bei der Wahl und Ausgestaltung von Instrumenten zur Verminderung von CO₂ und der Bewältigung der Klimaänderungen vorzugehen. Diese Klausel

hat in bezug auf die ökonomischen Rahmenbedingungen der Treibhausgasreduktion besondere Bedeutung. Für die Klimawirkung der Treibhausgase ist es zwar unerheblich, an welchem Ort der Welt Emissionen reduziert werden. Sollen jedoch die hierfür anfallenden Kosten minimiert werden, dann sind die stark variierenden Kosten der Emissionsvermeidung in unterschiedlichen Ländern zu berücksichtigen.

In diesem Zusammenhang werden sogenannte Joint-Implementation-Maßnahmen diskutiert. Diese beinhalten, daß die für eine CO₂-Reduktion notwendigen Schritte nicht auf das Land beschränkt werden, welches sich zu Reduktionen verpflichtet hat. Vielmehr sollen auch kostengünstige CO₂-Emissionsminderungen in anderen Ländern durchgeführt und finan-

ziert werden, um die eigenen Verpflichtungen zur Reduktion von CO₂-Emissionen zu erfüllen. Das Instrument Joint Implementation (JI) hat Eingang in die Klimarahmenkonvention gefunden. Auf der Rio-Folgekonferenz in Berlin 1995 konnte man sich auf die Einrichtung einer Pilotphase für Joint Implementation Maßnahmen einigen, die bis 1999 dauern soll.

Als der viertgrößte CO₂-Emittent der Welt nach den USA (5,02 Mrd. t), der GUS (3,62 Mrd. t) und der Europäischen Gemeinschaft (3,18 Mrd. t) bietet sich insbesondere die VR China mit 2,4 Mrd. t CO₂ (11,2 % der weltweiten CO₂-Emissionen) für JI-Projekte an. Die VR China plant für die nächsten 15 Jahre einen Ausbau des bestehenden Kraftwerksparks an fossil befeuerter Kraftwerksleistung

Forschungsergebnisse und Vorträge am ZEW

um 13 Tsd. MW pro Jahr. Konsequenterweise wird die VR China nach dem Referenzszenario der Internationalen Energieagentur ihre CO₂-Emissionen innerhalb von 15 Jahren verdoppeln. Berechnungen weisen darauf hin, daß der CO₂-Ausstoß Chinas im Jahr 2010 den der USA übertreffen wird. Die Europäische Union müßte ihren Beitrag von 3,18 Mrd. t an den globalen CO₂-Emissionen im Jahr 1990 um 85% bis 2010 senken, um den CO₂-Emissionsanstieg allein in China kompensieren zu können.

schwefel- und aschehaltigen chinesischen Kohle ist das Know-how für die Errichtung, Inbetriebnahme und den Betrieb der Anlagen mangelhaft.

Damit existiert in China alleine für die Umrüstung fossil befeuerten Altkraftwerksanlagen, die nicht älter als 15 Jahre sind, ein Potential mit einer Gesamtkapazität von mindestens 115 GW. Solche Kraftwerke können wirtschaftlich mindestens auf das Effizienzniveau der BRD gebracht werden. Die zusätzlichen Anlagekosten könnten durch die geringeren Brennstoff-

führen. Würde der Ausbau dieser Kapazität mit der Unterstützung von international tätigen Kraftwerksherstellern aus Industrieländern erfolgen, wäre theoretisch, aufgrund der um 25% höheren erreichbaren Effizienz der Kraftwerke, nur ein Ausbau von 9750 MW jährlich erforderlich. Dies würde mit einer Verminderung des Anstiegs von 10,4 Mio. t CO₂ jährlich einhergehen.

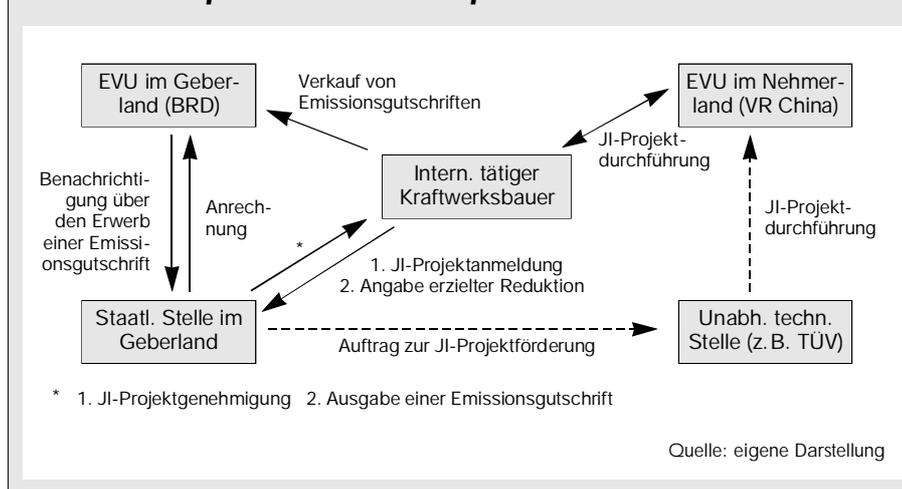
In China besteht somit ein großes Potential zur Reduktion von CO₂-Emissionen, das wesentlich größer ist als die Reduktionspotentiale in der BRD. Trotz der Unsicherheiten bei der Ermittlung der tatsächlichen Projektkosten kann aufgrund des geringen energetischen Effizienzlevels in der VR China davon ausgegangen werden, daß es in China eine Vielzahl von Emissionsreduktionen an Kraftwerken gibt, deren Grenz- und Durchschnittskosten unter denen in Deutschland liegt. Hinzu kommt, daß globale klimabezogene Erwägungen in Chinas Entwicklungs- und Energiepolitik keine Rolle spielen, und daher keine Bereitschaft für entsprechende Investitionen bestehen. Zwar erkennt das Land die Notwendigkeit internationaler Klimaschutzmaßnahmen an, weist jedoch die Verantwortung der damit verbundenen Belastungen den Industrienationen zu. Gemeinsam mit anderen Schwellen- und Entwicklungsländern fordert es von diesen finanzielle und technologische Unterstützung.

Aufgrund der günstigen Reduktionsmöglichkeiten bietet China somit die Möglichkeit, die Kosten für die Eindämmung der CO₂-Emissionen beträchtlich zu senken. Es eröffnen sich in China Möglichkeiten für JI-Kraftwerksprojekte, in denen Umweltschutzmaßnahmen, Entwicklungshilfe und die Verbesserung der Marktchancen der Kraftwerkshersteller kombiniert werden können.

Der Beitrag basiert auf der ZEW-Dokumentation 97-03: Möglichkeiten und Grenzen von Joint Implementation im Bereich fossiler Kraftwerke am Beispiel der VR China, von R. Rösch und W. Bräuer.

Information: Jens Hemmelskamp, Wolfgang Bräuer, Tel. 1235-203 (204)

Ausgestaltungsmöglichkeiten von JI-Kraftwerksprojekten am Beispiel der Bundesrepublik und der VR China



Die hohen Wachstumsraten der chinesischen Volkswirtschaft, die in den letzten 10 Jahren stets über denen der elektrischen Energieerzeugung lagen und die Tatsache, daß China über ein Drittel der Weltkohlereserven (nach Schätzungen 730 bis 900 Mrd. t) verfügt, machen eine Realisierung der Kraftwerkszubaupläne wahrscheinlich.

Der durchschnittliche energetische Nettowirkungsgrad der chinesischen Kraftwerke liegt mit rd. 22% um bis zu 40% niedriger als der durchschnittliche Wirkungsgrad bundesdeutscher Kraftwerke (37%). Selbst die von chinesischen Kraftwerksbauern in den letzten Jahren in Lizenz erstellten Neuanlagen mit Leistungen zwischen 125 und 300 MW können den in westlichen Industrieländern üblichen Nennwert von 40,5% bei weitem nicht erreichen. Neben der niedrigen Brennstoffqualität der sehr

kosten im Laufe der verbleibenden Betriebszeit ausgeglichen werden. Verbesserungsinvestitionen in diese Anlagen würden eine Verringerung um mindestens 90 Mio. t. Kohlendioxid pro Jahr erbringen. Das Potential für CO₂-Reduktionen ist noch größer, wenn Kraftwerksblöcke, die älter als 15 Jahre und kleiner als 40 MW sind, in JI-Projekte einbezogen würden. Vor allem der Ersatz von 28 GW veralteter und ineffizienter Kraftwerke durch fortschrittlichste Kraftwerktechnik würde eine 60 prozentige Einsparung von CO₂-Emissionen mit sich bringen: Dies wären weitere 60 Mio. t pro Jahr. Außerdem besteht in China noch ein großes Potential für Kraftwärmekopplung.

Der geplante Ausbau des Kraftwerksparks 13 Tsd. MW pro Jahr wird aufgrund des technischen Know-hows der chinesischen Kraftwerksbauer zu vermeidbaren CO₂-Emissionen

Forschungsergebnisse und Vorträge am ZEW

Sparverhalten im Lebenszyklus

Trotz der erheblichen volkswirtschaftlichen Bedeutung des Sparverhaltens privater Haushalte sind empirische Untersuchungen zu dessen Bestimmungsgründen und den typischen Verhaltensmustern von Sparern für Deutschland rar. Eine umfangreiche Studie hierzu wurde jedoch vor kurzem von Oliver Lang von der Prognos AG, Basel vorgelegt. In seinem Vortrag im ZEW am 30.10.1997 stellte er Teile der Studie vor. Er ging der Frage nach, wie sich die Anteile der Ausgaben für Konsum sowie für den Erwerb verschiedener Vermögensanlagen an den Gesamtausgaben eines Haushalts mit zunehmendem Alter (der Bezugsperson)

des Haushalts verändern. Bei den Anlagen wurde zwischen den Ausgaben für die Geldvermögensbildung (Sparguthaben, Bauspareinlagen, Wertpapiere und Lebensversicherungen), die Immobilienvermögensbildung und die Kredittilgung unterschieden. Schätzungen mit ökonomischen Verfahren für sogenannte Pseudopanel ergaben, daß die einzelnen Ausgabenanteile über den Lebenszyklus charakteristischen Profilen folgen. So steigt etwa der Anteil der Ausgaben für den Erwerb von Wertpapieren von einem sehr niedrigen Niveau bei jungen Haushalten mit dem Alter deutlich an, ab einem Alter von etwa 65 Jahren bleibt er bis zum höchsten betrachteten Alter von 77 Jahren annähernd konstant.



Ehemaliger ZEW-Wissenschaftler
Oliver Lang stellt Studie vor.

Von der D-Mark zum Euro

Im Rahmen der Mannheimer Wirtschafts- und Währungsgespräche, einer gemeinsamen Vortragsreihe der Mannheimer Universität, der Verwaltungs- und Wirtschafts-Akademie, der Bankenvereinigung und des ZEW, referierte Professor Dr. Dr. h.c. Otmar Issing am 4. November zum Thema „Von der D-Mark zum Euro – Grundsätzliches und Aktuelles“. Insgesamt ist die technische Vorbereitung der Euro-Einführung durch das Europäische Währungsinstitut, laut Issing, auf einem guten Weg. Dennoch sind noch zahlreiche Probleme

zu lösen. So wird beispielsweise in den EU-Ländern die Geldmenge auf unterschiedliche Weise definiert. Eine Harmonisierung der Bankenstatistik ist daher unerlässlich, da die Europäische Zentralbank (EZB) nur dann für den Euro-Raum ein Geldmengenziel festlegen kann.

Geldmarktsteuerung

Ein Instrument der Geldmarktsteuerung wird sicherlich die Versorgung mit Zentralbankgeld über Wertpapierpensionsgeschäfte sein, eine Politik, wie sie auch die Bundesbank schon seit längerer Zeit erfolgreich betreibt. Im Gegensatz zur Geldmarktsteuerung über Wertpapierpensionsgeschäfte ist die Mindestreserve, wie sie in der Bundesrepublik besteht, nach wie vor umstritten. „Vor allem Großbritannien lehnt die Mindestreserve strikt ab, da es aber nicht von Anfang an am Euro teilnehmen wird, besteht gute Hoffnung, daß auch die Mindestreserve sich in der EZB durchsetzt, denn wer nicht von Anfang an dabei ist, kann auch nichts blockieren.“

Die Bundesbank plädiert für die Mindestreserve, weil sie einerseits die Nachfrage nach Zentralbankgeld stabilisiert und es andererseits der Zentralbank ermöglicht, nur einmal pro Woche am Markt präsent zu sein,

während sie ohne Mindestreserve permanent am Markt agieren müßte.

Konversionsraten früh festlegen

Mit Blick auf die Konversion der Einzelwährungen in Euro sprach sich Issing für eine frühzeitige Festlegung der Konversionsraten aus, um Spekulationen den Boden zu entziehen. Nach Festsetzung der Konversionsraten müßte dann für die Interimsperiode bis 1. 1. 1999 gelten, daß die Kassakurse nach wie vor schwanken können. Das Risiko der Spekulanten ist um so größer, je stärker der Kassakurs sich bewegt, weil dadurch stabilisierende Gegenspekulation herbeigeführt wird. Interventionsverpflichtungen dagegen darf es auf gar keinen Fall geben, macht der Zentralbanker deutlich.

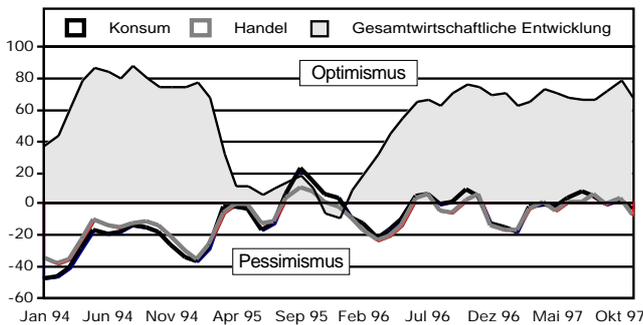
Wenn die EZB schließlich die Verantwortung für die Geldpolitik übernimmt, wird der Euro bei den Zinsen sicherlich erst einmal eine Mißtrauensprämie hinnehmen müssen. Issing glaubt allerdings, daß diese gar nicht so hoch ausfallen muß. Von fulminanten Zinserhöhungen hält er jedenfalls nichts. „Es macht keinen Sinn, auf etwas erhöhte Realzinsen bewußt noch einmal höhere Zinsen von Seiten der EZB draufzusetzen, wenn eine so hohe Arbeitslosigkeit besteht wie wir sie derzeit in Europa haben.“



Professor Dr. Dr. h.c. Issing, Zentralbankrat der Deutschen Bundesbank

ZEW - Aktuelle Informationen

ZEW-Finanzmarkttest: Brancheneinschätzung

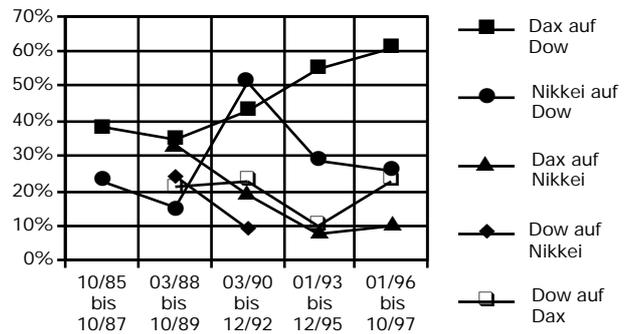


Die in der Grafik dargestellten Werte entsprechen den durchschnittlichen Erwartungen von rund 350 institutionellen Kapitalanlegern hinsichtlich der zukünftigen Ertragssituation der jeweiligen Branchen und der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. Grafik: ZEW

Der im Oktober gestiegene Optimismus bezüglich der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland wurde in der aktuellen Novemberumfrage wieder negiert. Für den Handel rechnen wieder deutlich mehr Befragte mit sinkenden Erträgen in den nächsten Monaten als noch im Oktober. Die Geldbeutel der Konsumenten sind leer und die politische Unsicherheit über den Ausgang der Debatten um die notwendigen Reformen schürt die Neigung der privaten Haushalte zum Sparen. Die geplante Erhöhung der Umsatzsteuer könnte zusätzlich belastend auf die Ertragssituation des Handels wirken. Ausführliche Informationen im ZEW-Finanzmarktreport 12/97.

Information: Andrea Szczesny, Tel. 0621/1235-143.

Die Reaktionen auf Schocks an internationalen Aktienbörsen

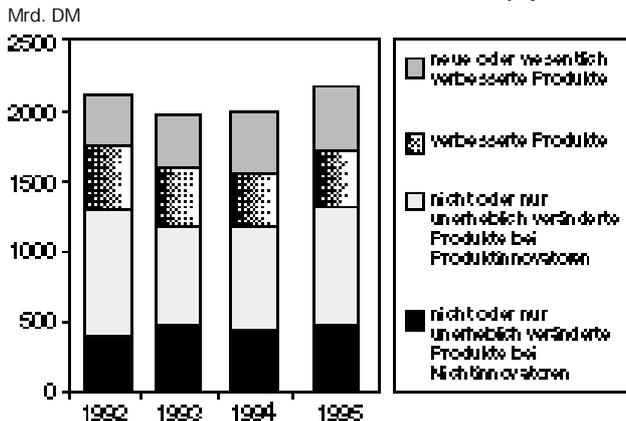


Die Grafik zeigt die relative Stärke von Impulsantworten. Das heißt ein Impuls im Dow Jones Index übertrug sich im Zeitraum Jan 96 bis Okt 97 zu 60 Prozent auf den DAX. Umgekehrt wurde ein Impuls im DAX nur zu 23 Prozent auf den Dow übertragen. Grafik: ZEW

Investoren sind in ihren Anlageentscheidungen nicht auf nationale Börsenplätze beschränkt. Damit steigt auch die Verbundenheit internationaler Kapitalmärkte. Wie die Grafik zeigt, hatte vor dem Crash 1987 nur die New Yorker Börse Einfluß auf andere Märkte. Seitdem ist der Einfluß des Dow auf den DAX stetig angestiegen. Der Einfluß des DAX auf den Dow beginnt erst nach 1987. Nachdem Impulse im DAX zwischen 1993 und 1995 nur zu 10 % auf den Dow übertragen wurden, ist dieser Einfluß inzwischen auf 23 % gestiegen. Der Einfluß von Impulsen im Dow auf den Nikkei hat nach 1987 zugenommen, ist in den letzten zwei Jahren allerdings geschrumpft.

Information: Robert Dornau, Tel. 0621/1235-141

Umsatzentwicklung im Verarbeitenden Gewerbe (D)



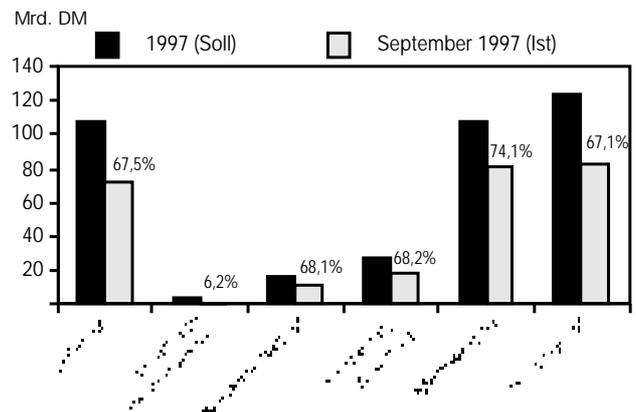
Quelle: ZEW(1996): Mannheimer Innovationspanel

Graphik: ZEW.

Das wichtigste Innovationsziel der Unternehmen ist die Steigerung bzw. der Erhalt des Marktanteils. Absolut gesehen sind 1995 die Umsätze mit neuen oder wesentlich verbesserten Produkten (Basisinnovationen) gegenüber 1994 gestiegen. Da sie im Vergleich zu den gesamten Umsätzen unterdurchschnittlich zunahm, sank ihr Anteil an den gesamten Umsätzen leicht. Überdurchschnittlich stiegen die Umsätze mit nicht oder nur unerheblich verbesserten Produkten. Betrachtet man z. B. das Investitionsgütergewerbe, verzeichneten die Basisinnovationen ein überdurchschnittliches Umsatzwachstum, während der Umsatzanteil der verbesserten Produkte zurückging.

Information: Dr. Alfred Spielkamp, Tel. 0621/1235-174

Steuereinnahmen des Bundes



Graphik: ZEW.

Die geplanten und realisierten Steuereinnahmen des Bundes für 1997 zeigen ein besorgniserregendes Bild. Die bis September eingegangenen Steuern deuten auf den zu erwartenden Fehlbetrag zum Jahresende hin. Neben der Konjunktur- und Arbeitsmarktsituation sind die Gründe für den Rückgang auch in der mangelnden Transparenz des Steuersystems zu suchen. Unzählige Vergünstigungen und Ausnahmetatbestände bieten den Steuerzahlern die Möglichkeit durch legale Methoden ihre Abgabenbelastung zu reduzieren. Nur eine umfassende Strukturreform kann zu einer Stabilisierung der Einnahmesituation führen und den Gebietskörperschaften mehr Planungssicherheit geben.

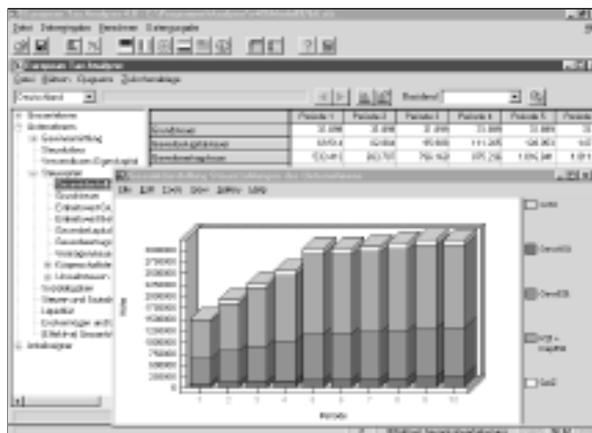
Information: Fred Ramb, Tel. 0621/1235-165

European Tax Analyzer im neuen Gewand

Mit der im Oktober am ZEW fertiggestellte Version 4.0 des European Tax Analyzer ist das Simulationssystem zum internationalen Vergleich von Steuer- und Abgabenbelastungen um wesentliche Komponenten erweitert worden. Ausgehend vom Basissystem des Tax Analyzers, in dem ein Modellunternehmen über einen Zeitraum von mehreren Perioden in seiner Produktions-, Logistik-, Finanz- und Personalentwicklung simuliert wird, kann dessen Standort virtuell in die Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Niederlande und USA verlagert und das Unternehmen dort der Besteuerung unterworfen werden. Gleichzeitig können So-

zialversicherungsabgaben in die Simulationsrechnungen mit einbezogen werden, so daß auch vielfach diskutierte Kompensationsmodelle (Stichwort: Öko-Steuern) einer Analyse zugeführt werden können. Der Detaillierungsgrad der Abbildung der betrieblichen Altersversorgung wurde ebenfalls deutlich erhöht.

Auch technisch wurde das System für die vorliegende Version in großen Teilen überarbeitet, Benutzerfreundlichkeit und Auswertungsmöglichkeiten wurden verbessert. Eine datenbankgestützte Version ist in Vorbereitung. Mit Hilfe des Simulationssy-



stems konnten seit seiner ersten Version im Jahre 1994 bereits zahlreiche Analysen, Gutachten und Stellungnahmen für Ministerien des Landes und Bundes erstellt werden.

Information: Eibo Krahrmer
Telefon 0621/1235-1167

ZEW Neuerscheinungen

■ Discussion Papers

Ian Crawford; François Laisney; Ian Preston: *Estimation of Household Demand Systems Using Unit Value Data*, Nr. 97-06.

Klaus Conrad; Tobias F.N. Schmidt: *Double Dividend of Climate Protection and the Role of International Policy Coordination in the EU - An Applied General Equilibrium Analysis with the GEM-E3 Model*, Nr. 97-26.

Dietmar Harhoff; Francis Narin;

Frederic M. Scherer, Katrin Vopel: *Citation Frequency and the Value of Patented Innovation*, Nr. 97-27.

Martin Falk; Bertrand Koebel: *The Demand of Heterogeneous Labour in Germany*, Nr. 97-28.

Ulrich Kaiser: *The impact of political announcements on expectations concerning the starting date of the EMU*, Nr. 97-31.

Bernd Fitzenberger; Wolfgang Franz: *Flexibilität der qualifikatori-*

schen Lohnstruktur und Lastverteilung der Arbeitslosigkeit: Eine ökonomometrische Analyse für Westdeutschland, Nr. 97-32.

■ ZEW Schriftenreihe:

Georg Licht; Christiane Hipp; Martin Kukuk; Gunnar Münt: *Innovationen im Dienstleistungssektor: Empirischer Befund und wirtschaftspolitische Konsequenzen*, Band 24, Baden-Baden 1997, Nomos-Verlagsgesellschaft.

Hinweis: Zusammenfassungen aktueller ZEW-Discussion Papers (ab 1996) finden sich auf den ZEW-Internet-Seiten unter <http://www.zew.de>. Die vollständigen Dokumente können als Postscript-Datei vom ZEW-Server gezogen werden.

Termine

■ Expertenseminare:

Euro-Kompetent: Auswirkungen der EWU auf die Unternehmensführung, 23.1.1998, ZEW-Gebäude.

Wege zum erfolgreichen Innovationsmanagement, 19.-20. 2. 1998, ZEW-Gebäude.

■ Mannheimer Wirtschafts- und Währungsgespräche:

Dr. Klaus Friedrich (Dresdner Bank): *Europas Finanzmärkte zwischen Konvergenz und Globalisierung*, 21.1.1998, 18:15 Uhr, ZEW-Gebäude.

■ Wirtschaftspolitik aus erster Hand:

Bernhard Jagoda, Präsident der Bundesanstalt für Arbeit, zum Thema: *Arbeitsmarkt Deutschland – Chancen des Standorts und Erwartungen an Führungskräfte*, 9. 2. 1998, 19:00 Uhr, ZEW-Gebäude.

Informationen zu den Veranstaltungen: Anne Grubb, Tel. 0621/1235-241, Fax 0621/1235-226, E-mail grubb@zew.de



Die Redaktion der ZEWnews wünscht allen Leserinnen und Lesern ein frohes Weihnachtsfest 1997 und ein glückliches, erfolgreiches Jahr 1998.

ZEW

Zentrum für Europäische
Wirtschaftsforschung GmbH

IMPRESSUM

ZEW news – erscheint zehnmal jährlich · Herausgeber: Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW) Mannheim
Wissenschaftlicher Direktor: Prof. Dr. Wolfgang Franz
L 7, 1 · 68161 Mannheim Postanschrift: Postf. 103443 · 68034 Mannheim · Fax 1235-224 · Internet: <http://www.zew.de/>
Redaktion: Dr. Herbert Buscher, Telefon 0621/1235-135, Telefax 0621/1235-222, E-mail: buscher@zew.de,
Martina Müller-Keitel, Telefon 0621/1235-102, Telefax 0621/1235-222, E-mail: mueller@zew.de;
Nachdruck und sonstige Verbreitung mit Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplares.